

amerikanische Realität interpretieren. Einem solchen Dialog und der Förderung dieser Interdisziplinarität dienen z. B. das der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz zugeordnete Dialogprogramm zur katholischen Soziallehre in Lateinamerika oder die vom Stipendienwerk Lateinamerika – Deutschland organisierten interdisziplinären Seminare zur Begegnung von Theologen und Wirtschaftswissenschaftlern aus Deutschland und den einzelnen Regionen Lateinamerikas.

Umgekehrt kann der langsame Prozeß einer Inkulturation der Soziallehre in Lateinamerika gerade den Wegcharakter von Soziallehre deutlich machen; es geht nicht um den Ausbau eines „Systems“, einer „Lehre“, verstanden als „Doktrin“, nicht um einen „dritten Weg“, also einen konkreten Gesellschaftsentwurf. Der Weg der lateinamerikanischen Kirche macht deutlich, daß ihre Soziallehre aus den Wurzeln des Evangeliums kritische und konstruktive Begleiterin bei der Gestaltung einer menschenwürdigen Gesellschaft ist und darin wesentlicher Bestandteil der Pastoral der Kirche ist. Insofern ist Soziallehre Teil des Evangelisierungsauftrages der Kirche (vgl. Centesimus annus 55), Teil der Glaubensverkündigung (ebd. 54). Es geht um eine „Begegnung“ von Evangelium und Kultur, eine Inkarnation – und das heißt um eine immer wieder neue Gegenwart des Evangeliums in der Kultur. Eine solche Begegnung ist verwandelnde und befreiende Begegnung, die – und dies sind die Impulse aus der Befreiungstheologie für die Soziallehre – den Mut hat,

prophetisch gegen unterdrückerische Strukturen die Stimme zu erheben, sei es gegen Strukturen außerhalb oder in der Kirche (Puebla 476).

In der Aufarbeitung der einzelnen Kongreßbeiträge von Santiago aus den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen für die Konferenz von Santo Domingo liegt sicher eine Chance, die Fragen und Probleme der Gegenwart verantwortlich aus pastoralem Interesse anzugehen. Es ist zu wünschen, daß sich das den Kongreß in Santiago auszeichnende offene Gespräch und das Klima des Dialogs zwischen Bischöfen, Priestern und Laien, zwischen „Kirche“ und Wissenschaft auch in den nächsten Monaten der Vorbereitung von Santo Domingo fortsetzt. Nur eine dialogfähige Kirche kann im Sinne der Menschengerechtigkeit mit den Anfragen umgehen, die im Zusammenhang der 500-Jahr-„feier“ der Entdeckung, Eroberung und Evangelisierung Lateinamerikas formuliert werden. Dabei ist vor allem, wie in Santiago immer wieder gefordert wurde, über Proklamationen hinaus ein „verdadero compromiso“ gefordert. Die chilenische Kirche und Öffentlichkeit setzten hier – in einer feierlichen Zeremonie in der Kongreßwoche – ein Zeichen durch eine öffentliche Verpflichtung auf die Prinzipien der Soziallehre in der „Alltagsarbeit“. Der „Missionsauftrag“, der vom Kongreß ausgehen soll, so formulierte Kardinal Etchegaray, lautet: eine Vertiefung, Verbreitung und Anwendung der Soziallehre in den einzelnen Ländern und Regionen Lateinamerikas.

Margit Eckholt

Ein vergessenes Land?

Die politische und kirchliche Lage in Birma

Durch die Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an die Führerin der politischen Opposition Birmas, Aung San Suu Kyi, ist ihr asiatisches Heimatland für kurze Zeit ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. In Birma herrschen seit einem blutigen Staatsstreich im Jahr 1988 die Militärs. Die christlichen Kirchen, die ihre Anhängerschaft in dem stark vom Buddhismus geprägten Land weitgehend aus Angehörigen nationaler Minderheiten rekrutieren, sind an den politischen Auseinandersetzungen nur in bescheidenem Maß beteiligt. Von den Christen in Birma gehört der größere Teil protestantischen Gemeinschaften an; die katholische Kirche zählt etwa eine halbe Million Gläubige.

Die großen Ereignisse der Weltpolitik der letzten Monate haben einige Gebiete und Länder unserer Welt, die schon immer etwas im Windschatten der Geschichte lagen, noch weiter aus dem Blickfeld geraten lassen. Birma – der von den Machthabern eingeführte Name „Myanmar“ scheint sich immer noch nicht durchgesetzt zu haben – gehört ohne Zweifel dazu. Die Abschottungspolitik der regieren-

den Militärjunta gegenüber dem Ausland hat sicher dazu beigetragen, daß über Birma nur sporadisch berichtet wird. Die Verleihung des Friedensnobelpreises für das Jahr 1991 an die Führerin der politischen Opposition des Landes, Aung San Suu Kyi, ist deshalb von Beobachtern außerhalb des Landes als politisch bedeutsames Signal interpretiert worden. Wohl nicht zu Unrecht sprechen die Militärgewaltigen in Birma von einer „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Myanmars“, weil sie die damit verbundene Aufmerksamkeit des Auslands auf die skandalösen politischen, ökonomischen Zustände und die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen zu Recht scheuen. Schon einige Monate vorher hatte Aung San Suu Kyi den Sacharow-Preis für Gedankenfreiheit des Europäischen Parlaments erhalten. Aung San Suu Kyi verdankt ihre politische Rolle der Tatsache, Tochter des birmesischen Nationalhelden und Unabhängigkeitskämpfers General Aung San zu sein. Sie ist mit einem Engländer verheiratet, kam anlässlich eines Besuches bei ihrer kranken Mutter im April 1988 nach Birma zurück und geriet dabei eher zufällig in die Politik.

In einem blutigen Staatsstreich hatten die Militärs im September 1988 die Macht ergriffen und die politische Opposition mit Gewalt unterdrückt. Dabei sollen mehr als 3000 Menschen, vornehmlich Studenten, ihr Leben verloren haben. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung in diesem Land, „einem geheimen Staat des Terrors“, so Amnesty International. Vor zwei Jahren hatten die Militärs überraschend demokratische Wahlen zugelassen, die am 27. Mai 1990 durchgeführt wurden und aus denen die Nationale Liga für Demokratie (NLD) unter der Führung von Aung San Suu Kyi als klare Siegerin hervorging und eigentlich mit der Regierungsbildung hätte beauftragt werden müssen. Die NLD gewann 392 von 485 Parlamentssitzen. Die Militärs hatten sich offensichtlich über den Wahlausgang falsche Vorstellungen gemacht, denn die von ihnen unterstützte Nationale Einheitspartei (NUP) konnte gerade 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die Militärs fürchteten nicht unbegründet darum, ihre bisherige Machtposition einzubüßen, wenn in Birma demokratische Verhältnisse zum Tragen kommen sollten. Die Entscheidung des Nobelpreiskomitees hat die Berechnungen, Birma auch weiterhin aus den Schlagzeilen zu halten, fürs erste zunichte gemacht. Nach außen zeigen sich die Militärs wenig beeindruckt. Sie haben der neuen Trägerin des Friedensnobelpreises bisher jeden Kontakt mit der Außenwelt verweigert; die vielen Glückwunschschriften bleiben unzugestellt und ausländischen Besuchern wird der Kontakt verweigert. Aung San Suu Kyi soll seit dem 25. Oktober 1991 in einen Hungerstreik getreten sein, um gegen die Verschärfung ihrer Haftbedingungen zu protestieren. Wieweit Berichte stimmen, daß sie gesundheitlich schwer angeschlagen ist, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen.

Außenpolitisch isoliert

Die Militärs haben 1990 einen „Rat zur Wiederherstellung von Ordnung und Demokratie“ (SLORC) gebildet, der die Macht so lange ausüben soll, bis die Verhältnisse sich beruhigt hätten und eine Änderung wieder möglich erscheine. In der Zwischenzeit haben sie entweder nichts getan oder sich darum bemüht, daß die Notwendigkeit einer Änderung der Machtstruktur sich gar nicht erst stellt. Einer der führenden Generäle sprach erst kürzlich von einer Frist von 5 bis 10 Jahren, die es dauern werde, bis die Militärs sich aus der Politik zurückziehen könnten. Mehr als 20 *Oppositionsgruppen* haben sich in einer Demokratischen Allianz zusammengeschlossen. In Grenzgebieten zu Thailand verfügen sie über schätzungsweise 15 000 Guerilla-Kämpfer, die durch ethnische Gruppen der Karen und andere unterstützt ein militärisches Potential darstellen, das aber gegenwärtig nicht in der Lage erscheint, die Junta ernsthaft militärisch gefährden zu können.

Außenpolitisch ist Birma zwar weitgehend isoliert. Es genießt jedoch die Unterstützung der VR China und in einer seltsamen Allianz auch der in der ASEAN zusammengeschlossenen asiatischen Länder. Noch im Mai 1991

ist es dem amerikanischen Außenminister *James Baker* auf einer Sitzung der ASEAN-Länder in Kuala Lumpur nicht gelungen, Boykottmaßnahmen gegen Birma durchzusetzen. Thailand und Singapur sind die vorrangigen Abnehmer von birmanesischem Teakholz, dessen Gewinnung mit der Abholzung großer Wälder in den Grenzregionen verbunden ist, die damit der Guerilla als Schutzräume nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die USA sind wegen der flagranten Menschenrechtsverletzungen, aber auch wegen des steigenden Mohnanbaus zur Herstellung von Opium im sog. „Goldenen Dreieck“ beunruhigt. In Birma wird gegenwärtig fast die Hälfte des Opiums der Welt angebaut. Das Militärregime in Rangun hat es verstanden, Teile der ethnischen Minderheiten dadurch zum Stillhalten zu bewegen, daß es ihnen den Handel mit Rauschgift und andere Formen des Schmuggels erlaubte. Dies gilt für die Shan im Vierländereck von Birma, China, Laos und Thailand, aber auch für Gruppen im Nordosten wie die Kachin, Kokang und Wa. Die Hauptlast des militärischen Widerstandes tragen die *Karen* an der Grenze zu Thailand, deren Gebiet für viele Studenten ein Zufluchtsort ist, wenn sie vor der politischen Verfolgung aus Rangun fliehen müssen. Die *Karen* bezeichnen das von ihnen kontrollierte Gebiet an der thailändischen Grenze als Kawthule (nach der „Thule“ genannten Blume: „Land der Thule“) mit der Grenzstadt Manerplaw als Verwaltungssitz. In dieser Region leben etwa eine Million der 8 Millionen *Karen*, die es auf dem Territorium von Birma gibt.

Die Bindung Birmas zu China ist nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa eher stärker geworden. Die erste Auslandsreise des Vorsitzenden von SLORC, General *Saw Maung*, führte denn auch nach Peking. China liefert der Junta Waffen im großen Stil, in einer Größenordnung, die von ausländischen Beobachtern auf 800 Millionen US-Dollar oder noch höher geschätzt wird. Die Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland – hier ist die Firma Fritz Werner besonders ins Gerede gekommen – sind verglichen mit den chinesischen Lieferungen wohl nicht von entscheidender Bedeutung.

Die Wirtschaft stagniert

Das gesellschaftliche Modell, das als „birmesischer Weg zum Sozialismus“ vor nunmehr fast 30 Jahren von General *Ne Win* begonnen wurde, hat aus einem potentiell reichen asiatischen Land ein heruntergewirtschaftetes Armenhaus werden lassen. Die Wirtschaft stagniert, bzw. befindet sich in einer rückläufigen Entwicklung. 1989 sank das Bruttosozialprodukt um 11 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 210 Dollar im Jahr eines der niedrigsten der Welt. General *Ne Win* hat vor einigen Jahren offiziell die Macht abgetreten, ist aber auch weiterhin trotz seiner mehr als 80 Jahre als graue Eminenz hinter den Kulissen tätig. Birma war lange Jahre die „Kornkammer Asiens“, das seinen Überschuß an Reis in viele Länder exportierte. Jetzt reicht der Anbau von Reis nicht ein-

mal mehr aus, um die 40 Millionen Birmesen zu ernähren. Birma gehört heute nach der UN-Statistik zu den zehn ärmsten Ländern der Welt.

Die *politische Opposition* rekrutiert sich aus den Studenten, die sich traditionell für gesellschaftliche Änderungen einsetzen, sich in vielen Demonstrationen mit Leib und Blut exponiert haben und doch immer wieder der nackten Gewalt seitens der Militärs weichen mußten. Unterstützt werden sie von großen Teilen der *buddhistischen Mönche*, die in diesem immer noch tief buddhistischen Land über großen moralischen Einfluß verfügen. Durch viele administrative Maßnahmen, Bestechungsversuche und andere Formen einer psychologischen Kriegsführung hat die regierende Junta versucht, den Einfluß der Mönche zurückzudrängen und ihre moralische Integrität zu untergraben.

Innerhalb Birmas ist die politische Opposition weitgehend zerschlagen und an einer offenen politischen Tätigkeit gehindert. Im September 1990 kam es zur Gründung einer Exilregierung – National Coalition Government of The Union of Burma – im Ausland durch einige in die Grenzgebiete geflohene Abgeordnete. Bisher hat es diese relativ schwache Gruppierung aber nicht geschafft, internationale Anerkennung zu finden, wenn sie auch von einigen der nationalen Minderheiten, vor allem den Karen, unterstützt wird. *Bo Mya*, der Führer der Allianz und zugleich auch Vorsitzender der „Karen Independence Organization“, beschrieb die Ziele der Allianz folgendermaßen: „Wir, die Allianz, streben nach einer echten Demokratie durch Einigkeit aller Nationalitäten. Unser Ziel ist nicht durch eine Nationalität oder eine Organisation allein zu erreichen. Wir sind überzeugt, daß nur alle Birmesen gemeinsam den Sieg erringen können“ (Aung Tun, in: epd-Dokumentation, nr. 43/91, 25).

Die eigentliche Gewalt in Birma hat nach außen zwar der Chef der Militärjunta, Saw Maung, in Wirklichkeit ist es der Geheimdienstchef, General *Khin Nyunt*, der die Fäden im Hintergrund zieht. Dem Sangha (der buddhistischen Mönchsgemeinschaft) werden bestimmte Auflagen gemacht, was die Zahl der Mönche in den Klöstern angeht. Ausgelöst wurde das harte Vorgehen der Militärs gegen die Mönche durch deren Weigerung, Almosen aus der Hand von Uniformträgern entgegenzunehmen, ein Vorgehen, das gleichbedeutend mit einer Exkommunikation einem christlichen Kontext zu setzen ist. Die Militärs unternahmen Razzien in verschiedenen Klöstern mit dem Schwerpunkt in der Stadt Mandalay. Ihre Behauptungen, Waffen und Rauschgift in den Klöstern gefunden zu haben, finden im Land wenig Glauben, sondern untergraben eher das Ansehen der Militärs noch weiter. Eine andere Form, die Opposition zu bekämpfen und Widerstand zu brechen, besteht darin, daß die Militärregierung ganze Straßenviertel in Rangun und anderen Städten evakuiert hat, um bestehende Nachbarschaftsbeziehungen aufzubrechen und die Menschen durch Umsiedlung in teilweise primitive Unterkünfte am Rande der Städte zu demoralisieren und zu entwurzeln.

In Birma ist der *Buddhismus* immer noch Staatsreligion und mit Abstand stärkste Religionsgemeinschaft. Es gilt bis heute praktisch unverändert der Grundsatz: Birmes sein heißt Buddhist sein. Das *Christentum* hat es so gut wie nicht geschafft, unter der Hauptbevölkerung der Birmesen Anhänger zu gewinnen. Die Christen stellen zwar 4,2 Prozent der Gesamtbevölkerung, rekrutieren sich aber eigentlich nur aus den ethnischen Minderheiten. Etwa drei Viertel der Christen Birmas gehören *protestantischen Gemeinschaften* an. Die „Burma Baptist Convention“ ist mit 813 000 Gläubigen die stärkste christliche Gemeinschaft. Ihre Mitglieder kommen hauptsächlich aus der Volksgruppe der Chin im Nordosten des Landes. Mehrere protestantische Kirchen – Anglikaner (55 000), Assemblies of God, Church of Christ, Methodisten, Siebentages-Adventisten und Pfingstkirchler mit jeweils gut 30 000 Mitgliedern – sind im *birmesischen Kirchenrat* zusammengeschlossen. Die ökumenische Zusammenarbeit zwischen dem Kirchenrat und der katholischen Kirche hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. Spannungen bestehen eher zwischen dem Kirchenrat und einer Reihe von *fundamentalistischen protestantischen* Gruppierungen, die sich zu einer eigenen Organisation, dem Evangelical Christian Council zusammengeschlossen haben.

Wachstum der katholischen Kirche

Die *katholische Kirche* zählt etwa 500 000 Gläubige. 1980 belief sich diese Zahl noch auf 350 000, was einer Steigerung um 30 Prozent im letzten Jahrzehnt entspricht. Die 10 Diözesen werden von 14 Bischöfen und Weihbischöfen geleitet. 95 Prozent der Katholiken stammen aus der Stammesbevölkerung der Kachin, den Karen, den Chin und den Lahu, die gegenüber der Zentralregierung in Rangun eher ablehnend eingestellt sind. Allein daraus wird verständlich, daß das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Regierung nicht frei von Spannungen ist. Zu den oppositionellen Kräften gehören auch verschiedene christliche Gruppen. Als kleine Minderheiten haben sich die christlichen Kirchen nur in einem sehr bescheidenen Maß in die politischen Auseinandersetzungen verwickeln lassen. Die Kirchenleitungen waren eher vorsichtig und begnügten sich mit allgemeinen Aufrufen zur sozialen Gerechtigkeit.

Seit Jahren ist die katholische Kirche Birmas weitgehend in ihren *Kontakten zum Ausland* eingeschränkt. Eine Mitarbeit in den Gremien der Vereinigung asiatischer Bischofskonferenzen ist nur in Ausnahmen möglich. An der letzten Vollversammlung der FABC in Lembang (Indonesien) im Juli 1990 nahm der Weihbischof von Mandalay, *Nicholas Mang Thang*, teil. Auch die Kontakte mit der römischen Zentrale unterliegen Behinderungen. Auslandsstipendien sind von der Regierung mit Steuern belegt, weil im Ausland Studierende als Arbeiter gelten und einen bestimmten Anteil ihres Stipendiums an die Regierung abführen müssen. Andererseits hat sich die

Isolation der birmesischen Katholiken nicht nur negativ ausgewirkt. Nach der Ausweisung der ausländischen Missionare Ende der 60er Jahre waren die birmesischen Katholiken weitgehend auf sich selbst angewiesen.

Die Zahl der Priester beträgt nur 323 (laut statistischen Angaben des Vatikans, vgl. Int. Fidesdienst, 28. 09. 91, 302). Gegenwärtig gibt es mehr als 200 Seminaristen, und die Zahl der Priesterweihen liegt bei ungefähr 20 pro Jahr. Auch wenn die Priesterausbildung in den Seminaren von Rangun (Theologat) und Mandalay (Philosophat) kein sehr hohes akademisches Niveau erreicht und theologi-

sche Fachliteratur nur sehr eingeschränkt ins Land gelangen kann, konnte die katholische Kirche in den letzten beiden Jahrzehnten doch ein starkes äußeres und inneres Wachstum verzeichnen. Einheimische Ordensleute, vor allem die mehr als 900 Schwestern und 50 Brüder, 1150 Katechisten und viele ehrenamtliche Mitarbeiter haben das kirchliche Leben lebendiger und authentischer werden lassen. Wie in einer Reihe anderer asiatischer Kirchen wird auch in Birma ein Jahrzehnt der Evangelisierung in Vorbereitung auf das dritte christliche Jahrtausend durchgeführt.

Georg Evers

Kurzinformationen

Asyl, RU 486 und Zölibat als Themen der Herbstvollversammlung der Österreichischen Bischofskonferenz

Bei ihrer Herbstvollversammlung vom 5. bis 7. November in Wien hat die Österreichische Bischofskonferenz erneut gegen eine Einführung der „Abtreibungspille“ RU 486 ausgesprochen (vgl. ds. Heft, S. 544). In der Presseerklärung nach Abschluß der Vollversammlung heißt es, die Einführung dieses Abtreibungsmittels würde „einen weiteren Abbau des Lebensschutzes und die Gefahr einer Steigerung des Abtreibungsdruckes auf schwangere Frauen in Not“ bedeuten. Die Bischofskonferenz bitte daher dringlich, von einer Einführung des Präparates abzusehen. Dringend nötig seien dagegen Überlegungen zu einem besseren Schutz des ungeborenen Lebens wie z. B. die Erleichterung der Adoption. Zur Regierungsvorlage für ein *neues Asylgesetz* stellt die Presseerklärung fest, die Bischöfe teilten die Sorge nicht weniger Menschen in Österreich, daß die Vorlage dem Anspruch der Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Verwaltungsverfahrens und eines fairen Umgangs mit den Asylsuchenden nicht ausreichend Rechnung trage. Der Verzicht auf eine sorgfältige Überprüfung von Asylanträgen stehe im Widerspruch zu den menschenrechtlichen Grundsätzen und zum Respekt vor der Würde jedes Menschen. Im Blick auf die in Österreich in den vergangenen Monaten z. T. heftig und mit erheblicher Medienbeteiligung geführte *Zölibatsdiskussion* heißt es in der Presseerklärung der Bischofskonferenz, sie nehme die „große Mehrheit der Priester Österreichs, die in Treue zu ihrer Zölibatsverpflichtung lebt“, gegen generelle Verdächtigungen in Schutz. Die Bischöfe wollten selbstverständlich auch allen Priestern, die in Zölibatsproblemen stünden, „brüderliche Hilfe“ geben. In der Pressekonferenz nach der Vollversammlung sagte Bischof *Johann Weber* von Graz zu diesem Punkt, die Österreichische Bischofskonferenz bekenne sich zur gegenwärtigen Ordnung der katholischen Kirche des lateinischen Ritus, also der Ehelosigkeit der Priester. Der Zölibat als Verzicht auf die Ehe „um des Himmelreiches willen“ sei zweifellos ein biblischer Wert. Allerdings solle man auch über die Frage der

„viri probati“ offen reden können, besonders im Blick auf priesterarme Gegenden.

Erste Ergebnisse einer neuen Untersuchung über Werte und Religiosität in Europa und Nordamerika

Zehn Jahre nach der internationalen Werteumfrage, die 1981 in westeuropäischen Ländern und den USA durchgeführt wurde (vgl. HK, August 1987, 383 ff.) und deren Länderauswertungen in den Jahren danach erschienen (für die Bundesrepublik: *Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher*, *Die verletzte Nation*, Stuttgart 1987), wurde unter der Ägide der „Studiengruppe für Werte in Europa“ eine vergleichbare Umfrage wiederholt. 1990/91 wurden, koordiniert durch das Allensbacher Meinungsforschungsinstitut, Menschen in elf westeuropäischen Ländern nach ihren Werten befragt; durch andere Institute wurden in der gleichen Zeit ähnliche Umfragen in weiteren europäischen Ländern, den USA, Kanada, Südafrika und Japan durchgeführt. Diesmal waren auch früher kommunistisch regierte Länder in Mittel- und Osteuropa einbezogen. Erste Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung liegen inzwischen für die EG-Länder, die skandinavischen Länder, die USA und Kanada vor. Schon erschienen ist die ausführliche Auswertung für *Spanien* (*F. A. Orizo*, *Los nuevos valores de los Españoles*). Nach der Umfrage 1990/91 bewegt sich der Anteil der Menschen, die an Gott glauben, zwischen 38 Prozent in Schweden und 96 Prozent in Irland. In der (alten) Bundesrepublik sind es 64, in Frankreich 57, in den USA 93 und in Kanada 86 Prozent. Beim Glauben an ein Leben nach dem Tod reicht die Bandbreite von 31 Prozent in Schweden bis 71 in Irland; Westdeutschland liegt bei 38 Prozent. Auf die Frage, wie oft sie, abgesehen von Hochzeiten und Beerdigungen und Taufen, einen Gottesdienst besuchen, gaben 52 Prozent der Franzosen (höchster Wert) und 4 Prozent der Iren die Antwort „praktisch nie“. In Großbritannien ergaben sich 46 Prozent Nichtkirchgänger, in Belgien 44, in der (alten) Bundesrepublik 20. Die Antwort „mindestens einmal pro